

Integrationswissen

Innovationsraum – 20. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft 2023 (www.reichenauer-tage.de)



Bildrechte: Adobe Stock

Die Ko-Produktion von Wissen zwischen Praxis und Wissenschaft ermöglichen Wandel in der Integrationsarbeit vor Ort

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Institut, das in zehn verschiedenen Bundesländern angesiedelt ist und dadurch auch die regionale Vielfalt gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland in den Blick nimmt.

Die Arbeit von Integrationsbeauftragten zeichnet sich durch eine hohe Dynamik und vielfältige Aufgabenbereiche aus. So handhaben sie häufig viele Projekte nebeneinander und müssen mehrere Politikfelder gleichzeitig im Blick behalten.

Das Projekt „Fortbildungsprogramm Integrationsbeauftragte“ greift diese Lücke auf. Ziel des Projektes ist es, Expertise und Wissen zu bündeln und weiterzugeben. Für die Herausarbeitung und Umsetzung der Module wurden Wissensbestände der Integrationsbeauftragten als Expert*innen abgefragt und in das Transferprojekt eingebunden. Im Beitrag werden die Inhalte der Module, die konkret angestoßenen Auswirkungen auf die Integrationsarbeit sowie die Beziehungsstrukturen von Wissenschaft-Praxis-Arrangements erläutert, die auch auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bezogen werden können.

Weitere Informationen unter

Hinweise zum Projekt von Kathrin Leipold:

https://www.fgz-risc.de/wissenstransfer/alle-transferprojekte/details/KON_T_02

Artikel in Zusammenarbeit mit Linda Kelmendi und Stefan Schlagowsky-Molkenthin zu Herausforderungen in der Integrationsverwaltung:

<https://www.idz-jena.de/wsdet/wsd11-03>

Ihre Gastgeberin



Dr. Kathrin Leipold
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Universität Konstanz - Bischofsvilla
Otto-Adam-Straße 5 | 78467 Konstanz
E-Mail: kathrin.leipold@uni-konstanz.de

Gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.